

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	5
Bearbeiterverzeichnis	7
Literaturverzeichnis	17
Abkürzungsverzeichnis	27
A. Änderungen des ErbStG	33
I. Vorlagebeschluss des BFH zur Prüfung der Verfassungsmäßigkeit des ErbStG	33
II. Erste gesetzgeberische Reaktion im AmtshilfeRLUmsG	40
B. Vermögensübergabe gegen Versorgungsleistungen	45
I. Ertragsteuerliche Hinweise	45
1. Grundsätzliches zur Vermögensübertragung gegen Versorgungsleistungen	45
2. Begünstigtes Vermögen	47
a) Die gesetzliche Regelung	47
b) Begünstigte Mitunternehmeranteile	48
c) Begünstigte Betriebe oder Teilbetriebe	49
d) Begünstigte Anteile an einer GmbH	49
e) Gestaltungserwägungen für beabsichtigte Übertragungen nichtbegünstigten Vermögens	51
3. Erfordernis der Finanzierbarkeit der Versorgungsleistungen aus den Vermögenserträgen	52
4. Zur Person des Empfängers der Versorgungsleistungen und des Vermögens	53
5. Klare Vereinbarungen und deren Durchführung	55
6. Zur Bedeutung von Vermögensumschichtungen und Vermögensübertragungen durch den Übernehmer	57
7. Nießbrauch und Versorgungsleistungen	59
8. Abgrenzung zur entgeltlichen Vermögensübertragung gegen wiederkehrende Leistungen	59
a) Allgemeines	59
b) Übertragung von Betriebsvermögen	60

	Seite
c) Übertragung von Privatvermögen	61
aa) Folgen beim Verpflichteten	61
bb) Folgen beim Berechtigten	61
d) Wiederkehrende Leistungen auf bestimmte Zeit	62
II. Erbschaftsteuerliche Hinweise	63
III. Muster eines Übergabevertrages	65
C. Mitunternehmerschaft	69
I. Aufgabe der Gesamtplanannahme durch den BFH	69
1. Genese der höchststrichterlichen Rechtsprechung	69
2. Betroffene Fallkonstellationen	70
a) BFH-Urteil IV R 41/11	70
b) Erweitertes Betriebsverständnis	73
c) Reaktion der Finanzverwaltung	74
d) Gestaltungsansätze	75
II. Zurückbehaltung von Wirtschaftsgütern	78
III. Unterquotale und überquotale Zurückbehaltung von Sonderbetriebsvermögen bei Übertragung eines Mitunternehmeranteils	80
1. Unterquotale Übertragung des Sonderbetriebsvermögens	80
a) Weitere Zugehörigkeit des zurückbehaltenen Sonderbetriebsvermögens zu derselben Mitunternehmerschaft	81
b) Zur fünfjährigen Behaltensfrist	81
2. Überquotale Übertragung des Sonderbetriebsvermögens	83
D. Nießbrauchgestaltungen	85
I. Geänderte Rechtslage	85
II. Übergreifende Erwägungen	87
1. Zivilrecht	87
2. Steuerrecht	89
III. Vorbehaltsnießbrauch an Immobilien	90
1. Zivilrecht	90
2. Steuerrecht	93
a) Ertragsteuerrechtliche Grundlagen	93
b) Problem- und Sonderfälle im Einkommensteuerrecht	94
c) Erbschaftsteuer	96

	Seite
IV. Vorbehaltsnießbrauch an Gesellschaftsanteilen	98
1. Zivilrechtliche Vorgaben und Erwägungen	98
2. Steuerbrennpunkte des Vorbehaltsnießbrauchs an Mitunternehmeranteilen	101
a) Ertragsteuerrecht	101
b) Erbschaftsteuerrecht	102
c) Gestaltungserwägungen aus steuerrechtlicher Sicht	102
3. Besteuerung des Nießbrauchs an vermögensverwaltenden Personengesellschaften	103
V. Vorbehaltsnießbrauch an GmbH-Geschäftsanteilen	104
1. Zivilrechtliche Grundlagen	104
2. Steuerhinweise	105
a) Ertragsteuerrecht	105
b) Erbschaftsteuerrecht	105
E. Vermögensverwaltende Personengesellschaft als Gestaltungsinstrument der Nachfolgeplanung	107
I. Einführung	107
II. Gestaltung des Gesellschaftsvertrags	108
III. Unentgeltliche Übertragungen	111
IV. Beirat als Gestaltungsinstrument	113
V. Poolregelung als Gestaltungsinstrument	116
F. Betriebsvermögen im Schenkungsteuerrecht	119
I. Begünstigtes Betriebsvermögen und Verwaltungsvermögen	119
1. Begünstigtes Betriebsvermögen	119
2. Verwaltungsvermögen	122
a) Anteile an Kapitalgesellschaften	122
b) Wertpapiere sowie vergleichbare Forderungen und Kunstgegenstände	124
c) Zahlungsmittel	125
d) Dritten zur Nutzung überlassene Grundstücke	126
aa) Rückausnahme 1: Betriebsaufspaltung oder Sonderbetriebsvermögen	126
bb) Rückausnahme 2: Grundstücksüberlassung im Rahmen einer Betriebsverpachtung im Ganzen	128

	Seite
cc) Rückausnahme 3: Grundstücksüberlassung im Rahmen eines Konzerns	129
dd) Rückausnahme 4: Grundstücksüberlassung im Rahmen eines Wohnungsunternehmens	129
e) Anteile an Kapitalgesellschaften und Mitunternehmeranteile mit mehr als 50 % Verwaltungsvermögen	130
f) Junges Verwaltungsvermögen	130
g) Verwaltungsvermögenstest	132
II. Bewertung von Betriebsvermögen	132
1. Anteile an Kapitalgesellschaften	132
2. Einzelunternehmen, Mitunternehmerschaften	137
3. Bewertung von Grundstücken	138
a) Unbebaute Grundstücke	138
b) Bebaute Grundstücke	139
c) Ein- und Zweifamilienhäuser, Eigentumswohnungen, Teileigentum	139
d) Mietwohngrundstücke, Geschäftsgrundstücke, gemischt genutzte Grundstücke	140
III. Abzugsbetrag, Verschonungsabschlag und Behaltensfristen	142
1. Abzugsbetrag	142
2. Verschonungsabschlag	143
3. Behaltensfristen	143
a) Fünf oder sieben Jahre Lohnsumme	143
b) Fünf oder sieben Jahre Vermögensverhaftung	144
G. Schenkungsteuerplanung	147
I. Erwerbsvorbereitende Veränderungen des Verwaltungsvermögens	147
1. Erwerbsvorgelagerte Vermögenszuführungen	147
2. Erwerbsvorbereitende Verminderung des Verwaltungsvermögens	148
II. Lohnsumme	150
III. Pool-Verträge	152
IV. Familienwohnheimschaukel	153
V. Lebzeitiger Zugewinnausgleich als Gestaltungsmittel	154
1. Zugewinnsgemeinschaft als gesetzlicher Güterstand	154

	Seite
2. Erbschaftsteuerliche Rahmenbedingungen und Ermittlung der Ausgleichsforderung	155
a) Zugewinnausgleichsanspruch unterliegt nicht der Erbschaftsteuer	155
b) Ermittlung des Zugewinnausgleichsanspruchs	156
3. Beendigung der Zugewinnngemeinschaft als erbschaftsteuerliches Gestaltungsmittel	159
4. Beendigung der Zugewinnngemeinschaft zwecks „Beseitigung“ von früheren Schenkungen	159
5. Exkurs: Außersteuerliche Gestaltungsziele der Beendigung der Zugewinnngemeinschaft	160
a) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft als erbrechtliches Gestaltungsmittel	160
b) Beendigung der Zugewinnngemeinschaft als insolvenzrechtliches Gestaltungsmittel	161
6. Modifizierung der Ausgleichsforderung durch Ehevertrag	163
7. Hürden bei der Umsetzung	164
VI. Güterstandsschaukel	164
VII. Vermächtnis und Auflage	165
VIII. Vertragsgestaltung – Widerrufsrechte	168
H. Testamentsgestaltung und erbschaftsteuerliche Folgen ..	169
I. Gesetzliche oder gewillkürte Erbfolge	169
II. Gestaltungen zur Erbeinsetzung	169
1. Vor- und Nacherbschaft, Vor- und Nachvermächtnis	170
2. Ersatzerbschaft	172
3. Erbanfall, Ausgleichungs- und Teilungsanordnung	172
4. Vermächtnis, Auflage	174
5. Später fällige und aufschiebend bedingte Vermächtnisse	175
6. Verschaffungsvermächtnis	176
7. Berücksichtigung des Ehegatten in der letztwilligen Verfügung unter Einbeziehung des Güterstandes	177
a) Der überlebende Ehegatte wird Erbe oder Vermächtnisnehmer	177
b) Der überlebende Ehegatte wird weder Erbe noch Vermächtnisnehmer, oder er schlägt aus	178

8. Gezielte Zuwendung eines Betriebs, Teilbetriebs, (Teil-)Mitunternehmeranteils, einer wesentlichen Beteiligung (§ 13a ErbStG)	178
---	-----

I. Lebensversicherung als Gestaltungsmittel der Vermögensnachfolge	181
I. Zivilrechtliche Ausgangslage	181
1. Risikolebensversicherung und kapitalbildende Lebensversicherung	181
2. Beteiligte eines Lebensversicherungsvertrages	183
II. Ertragsteuerliche Behandlung	186
III. Erwerb von Todes wegen	190
1. Lebensversicherungssumme fällt in den Nachlass	190
2. Übertragung des Versicherungsvertrages	191
3. Erwerb der Versicherungssumme auf Grund eingeräumten Bezugsrechts	191
a) Versicherungsnehmer war versicherte Person	191
b) Bezugsberechtigter hat Prämien gezahlt	193
IV. Erwerb von Ansprüchen aus dem Versicherungsvertrag durch Schenkung	194
1. Wechsel des Versicherungsnehmers	194
a) Auszahlungsanspruch ist bereits fällig (Versicherungsfall ein- getreten)	195
b) Auszahlungsanspruch ist noch nicht fällig (Versicherungsfall noch nicht eingetreten)	195
c) Gestaltungserwägungen	196
2. Erwerb auf Grund Bezugsberechtigung	197
a) Schenkung erst mit Auszahlung der Versicherungssumme ausgeführt	197
b) Zeitpunkt der Steuerentstehung (Freibetrag und Steuer- klasse)	199
c) Gestaltungserwägungen	199
V. Besondere Gestaltungsoptionen bei Ehegatten	201
1. Verbundene Lebensversicherung	201
2. Gekreuzte Lebensversicherung	201

	Seite
3. Zur Hälfte steuerfreier Erwerb auf Grund erbschaftsteuerlichen Zugewinnausgleichs	202
4. Beitragszahlung als (nachehelicher) Unterhalt	202
J. Bedeutung des Erb- und Pflichtteilsrechts für die Gestaltung vorweggenommener Erbfolgen	205
I. Vorbemerkung	205
II. Pflichtteilsrecht	205
1. Pflichtteil – Pflichtteilsberechtigte und -ansprüche	205
2. Beschränktes oder beschwertes Erbteil	206
3. Ergänzender Pflichtteil	207
4. Wahlrecht des Erben	208
5. Pflichtteilsentziehung	209
6. Pflichtteilsergänzungsanspruch	210
7. Abschmelzung des Pflichtteilsergänzungsanspruchs	211
8. Stundung des Pflichtteils	212
III. Zuwendungsverzicht	213
IV. Verjährung	214
K. Auswirkungen der ErbStR 2011 auf die vorweggenom- mene Erbfolge	217
I. Gemischte Schenkung / Schenkung unter Auflage	217
II. Grundstücksschenkungen	218
1. Zeitpunkt der Zuwendung	218
2. Familienwohnheim	218
III. Begünstigung des Erwerbs unternehmerischen Vermögens	219
1. Begünstigtes Vermögen	219
a) Beteiligungen an Drittstaatengesellschaften	219
b) Poolvereinbarung	220
c) Behaltensfrist	222
2. Verwaltungsvermögen	222
a) Junges Verwaltungsvermögen	223
b) Junges Verwaltungsvermögen von Personen- und Kapital- gesellschaften	223
c) Junges Verwaltungsvermögen von Tochtergesellschaften ...	224

	Seite
3. Lohnsummenregelung	225
a) Mindestanzahl der Beschäftigten	226
b) Einzubeziehende Lohnbestandteile	226
c) Beteiligungen im Unternehmensvermögen	227
d) Optionsverschonung	228
Stichwortverzeichnis	231